

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/61

30. März 1971

Europaparlament muß progressiv werden

Der erste sozialdemokratische Präsident
in Straßburg

Von Walter Behrendt SPD-MdB
Präsident des Europäischen Parlaments/Straßburg.

Seite 1 und 2 / 65 Zeilen

Hochschulreform auf breiterer Basis

Gesellschaftspolitische Wandlungen werden
immer notwendiger

Von Prof. Dr. Ulrich Lohmar SPD-MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für
Bildung und Wissenschaft

Seite 3 und 4 / 79 Zeilen

Theater für Kinder und mit Kindern

Erfolgreiche Experimente in Westberlin

Seite 5 / 37 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9155
Pressesaal 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 885 848/888 847/
998 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Europaparlament muß progressiv werden

Der erste sozialdemokratische Präsident in Straßburg

Von Walter Behrendt SPD-MdB

Präsident des Europäischen Parlaments, Straßburg

Meine Wahl zum Präsidenten des Europäischen Parlaments in Straßburg ist entsprechend einer grundsätzlichen Abmachung zwischen den vier Fraktionen erfolgt, durch einen turnusmäßigen Fraktionswechsel in der Präsidentschaft die Mitarbeit aller politischen Kräfte am demokratisch-parlamentarischen Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zum Ausdruck zu bringen. Die europäische sozialistische Fraktion hatte mich als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands einstimmig als ihren Kandidaten benannt.

Diese Wahl eines Mitglieds der modernen industriellen Arbeitnehmerschaft und eines Vertreters der organisierten Arbeiterbewegung von der Ruhr hat für das Europäische Parlament mehr als nur symbolische Bedeutung. Die Ruhr war als Waffenschmiede Europas gefürchtet, als die europäischen Völker noch in blutige Bruderkriege verwickelt waren, deren Erinnerung und Nachwirkung auch heute noch nicht völlig zur Geschichte geworden ist. Diese Kriege hatten jedoch nie im Interesse der arbeitenden Bevölkerung gelegen und waren von ihr nie gewollt worden. Sie hatte sie nur mit ihrer Hände Arbeit in den Fabriken vorzubereiten, draußen an der Front mit der Waffe in der Hand durchzustehen und häufig genug mit dem Leben zu bezahlen. Die Eroberung von Gebieten und Absatzmärkten verhalf ihnen ebensowenig wie patriotische und nationalistische Parolen zu einem besseren Leben.

Dieses Bewußtsein der arbeitenden Bevölkerung - nicht nur von der Ruhr, sondern genauso in Lothringen, im Pariser Becken, im Industriedreieck Mailand-Turin-Genua und sonstwo - ist ein wichtiger politischer Faktor, um unter den heutigen Gegebenhei-

ten und beim heutigen Stand der europäischen Integration den Kampf gegen Neuformierungen des Nationalismus als Herrschafts-ideologie erfolgreich zu führen. Nur durch die Überwindung, ja durch das Zerschneiden verkrusteter nationaler Herrschaftsstrukturen wird es möglich sein, eine Gesellschaft aufzubauen, die einerseits der technologischen Entwicklung von heute entspricht und andererseits durch ein optimales Maß an sozialer Gerechtigkeit Gesellschaftssysteme wie das kommunistische überflüssig macht.

Konkret zeichnen sich in dieser Perspektive für das Europäische Parlament folgende große politische Aufgaben ab, denen ich meine ganze Arbeitskraft widmen will:

Die europäischen Abgeordneten sind nicht Vertreter ihrer Herkunftsländer, sondern der Völker der Gemeinschaft. In der europäischen Bevölkerung breitet sich immer mehr Unbehagen über den Stand der Integration aus. Sie hört fast täglich europäische Schwüre und sieht in der Praxis ein so langsames Vorschreiten, daß der Widerspruch zwischen Worten und Taten ihre Unruhe steigert. Dieser Widerspruch kommt daher, daß die wirklichen Probleme unserer gesellschaftlichen Entwicklung den nationalen Regierungen einfach über den Kopf gewachsen und aus den Händen geglitten sind. Im Ministerrat klammern sie sich jedoch noch weitgehend an nationale Machtfiktionen. Die Häufigkeit der Ratsverhandlungen ohne durchgreifende Beschlüsse hat dieses Organ der Gemeinschaft als ein konservatives Element bloßgestellt, das schon vor seiner Konstruktion her nicht berufen und befähigt ist, das gemeinsame Interesse über die unterschiedlichen nationalen Interessen siegen zu lassen. Hier muß das Europäische Parlament als progressives Gegengewicht systematisch aufgebaut werden.

Im zähen interinstitutionellen Ringen geht es nun darum, das Werk meiner Vorgänger fortzusetzen und Schritt für Schritt dem Europäischen Parlament stärkere Haushaltsbefugnisse, größere legislative Vollmachten und den Weg zur Direktwahl durch die Völker zu erringen. Größten Wert werde ich darauf legen, daß die öffentliche Meinung über die Kommunikationsmittel an dieser demokratisch-parlamentarischen Auseinandersetzung um Europas Zukunft teilnehmen kann.

(... ee. 30.3.1971/bcy)

+ +

Hochschulreform auf breiterer Basis

Gesellschaftspolitische Wandlungen werden immer notwendiger

Von Prof. Dr. Ulrich Lohmar SPD-MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Der Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft hat in einer abschließenden öffentlichen Informationssitzung mit den Vertretern von mehr als 20 Verbänden und Gruppen der Hochschulen und des Bildungswesens das Hochschulrahmengesetz diskutiert. Das Ergebnis ist eindrucksvoll: Die Bundesregierung und die Koalitionsparteien dürfen feststellen, daß sie auf eine breite Zustimmung zu den tragenden Gedanken des Hochschulrahmengesetzes rechnen können. Zwar gibt es eine immer noch vorhandene Opposition bei konservativen Professoren und linksrevolutionären Studenten; sie ist durch Diskussionen nicht auszuräumen, sondern muß durch das Parlament entschieden werden, und dazu ist ja schließlich der Bundestag da. Doch selbst beim VDS hat man den Eindruck, daß die Opposition gegen das Gesetz eher einer ideologischen Pflichtübung gleicht als einem Protest in der Sache, wenngleich der VDS im Sommersemester noch einmal zu Demonstrationen aufrufen will.

Es ist nicht zu verkennen, daß starke Kräfte in der Studentenschaft sich darüber klar geworden sind, in der gegenwärtigen politischen Situation mit dem Regierungsentwurf eine optimale Lösung zu sehen, die Demokratisierung, Leistungsfähigkeit der Hochschulen und pädagogischen Fortschritt miteinander verbindet. Auch der "Bund Freiheit der Wissenschaft" hat mit einer differenzierten Stellungnahme dazu beigetragen, die Debatte zu versachlichen, und die CDU/CSU mußte registrieren, daß selbst der "Ring Christlich-Demokratischer Studenten" auf die Linie der Bundesregierung eingeschwenkt ist und der Union geraten hat, ihren Gegenentwurf schlicht zurückzuziehen. Im Ganzen hat die Bundesassistentenkonferenz unter den Hochschulverbänden den größten Anteil daran, daß dieses Reformwerk möglich zu werden scheint, und die Westdeutsche Rektorenkonferenz ist in den letzten Monaten auch ihrerseits zu klaren Aussagen gelangt.

Dieses politische Ergebnis einer monatelangen, im Parlament, in der Öffentlichkeit und mit der Bundesregierung geführten Diskussion war nur zustande zu bringen, weil Bundesminister Dr. Leussink es vermieden hat, seine Auffassung und die des Kabinetts einfach von oben her durchzusetzen. Hier wurde ein neuer Stil der Entscheidungsvorbereitung praktiziert, der die Beteiligten und Betroffenen als Partner der politischen Mei-

nungsbildung voll einbezog und ihnen statt bloßer Teilnahme eine konkrete Teilhabe anbot.

Jetzt wird es darum gehen, in den Ausschüssen des Bundestages dafür zu sorgen, daß das Gesetz bis zur Sommerpause abschließend beraten werden kann. Die Opposition konzentriert sich, obwohl sie mit ihrem eigenen Gesetzentwurf an den Hochschulen fast völlig isoliert ist, auf den Widerstand gegen die Einführung der integrierten Gesamthochschule. Aber sie wird diesen Kampf gegen einen Popanz nicht mehr lange durchhalten können, denn die Sozialdemokraten werden die Opposition mit klaren inhaltlichen Zielmarkierungen konfrontieren, was mit der integrierten Gesamthochschule im einzelnen gewollt und versucht werden soll. Dies ist kein politisches Handelsobjekt, sondern mit der Entscheidung für oder gegen diese integrierte Gesamthochschule werden die Weichen nicht nur hochschulpolitisch, sondern vor allem gesellschaftspolitisch gestellt.

Andererseits enthält der Entwurf der CDU/CSU durchaus Anregungen, die sich mit dem politischen Konzept der Regierung und der Koalition verbinden lassen. Die Forderung der Opposition z.B., daß die Freiheit von Forschung und Lehre gesichert werden müßten, teilt die SPD selbstverständlich in vollem Umfang. Nur darf diese Freiheit nicht lediglich den Gestaltungsspielraum einer einzigen Gruppe einschließen, sondern sie muß auf die kooperative und jeweils sachlich begründete Partizipation aller gerichtet sein, bis hin zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Gesellschaft. Eine solche Zusammenarbeit ist jedenfalls bei weitem besser als die von der Opposition geforderte Fachaufsicht der staatlichen Kultusbürokratien. Die Sozialdemokraten werden die Bundesregierung deshalb bei der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes auffordern, mit den Ländern ein Abkommen über die Gründung einer in die Gesellschaft hinein offenen Bundeshochschul-Konferenz abzuschließen, der dann z.B. auch die Westdeutsche Rektorenkonferenz und der Wissenschaftsrat zugeordnet werden könnten.

Die politische Kernfrage in der Ausgestaltung der Hochschulreform liegt, von ihren inhaltlichen Dimensionen abgesehen, darin, daß an den Hochschulen die Grundrechte unserer Verfassung für jedermann gelten müssen und daß sich die Reform ohne Anwendung von Gewalt vollzieht. Das wird eine Nagelprobe darauf sein, ob wir den freiheitlichen Grundgehalt unseres Staates mit notwendigen gesellschaftlichen Wandlungen in Einklang bringen können. (-/ex/30.3.1971/bgy)

+ + +

Theater für Kinder und mit Kindern

Erfolgreiche Experimente in Westberlin

Seit Jahren fordern Pädagogen, Soziologen und Psychologen, daß in der Bundesrepublik mehr Theater für Kinder und mit Kindern geschaffen werden, um sie insgesamt an das Theater heranzuführen, und auf der anderen Seite auch den Kindern, die aus irgendeinem Grund geschädigt sind, dadurch zu helfen, daß sie ihre Probleme im Spiel ausleben können.

Westberlin kann in dieser Hinsicht als Vorbild für alle westdeutschen Städte gelten. Neben vier Kindertheatern, in denen Berufsschauspieler mehr oder weniger traditionelle Stücke auf-führen, und zehn Kindertheatern, in denen Berufsschauspieler mit Kindern agieren, bestehen an der Freien Universität und an der Pädagogischen Hochschule Arbeitsgruppen, die sich ausschließ-lich mit diesem Thema befassen. Am ehesten entspricht das Kinder-theater in den Berliner Kammerspielen den landläufigen Vor-stellungen, wenn auch hier die altbekannten Stücke in Richtung "Antiautoritär" umgearbeitet werden. In den Häusern des "Reichs-kabarets" und der "Wühlmäuse" sind in den letzten Jahren Theater für Kinder und Jugendliche entstanden, die ohne "Peterchens Mondfahrt" auskommen. Sie bringen zeitgemäßere und auch freiere Stücke, die oft von Rainer Hachfeld oder seinem Bruder Volker Ludwig stammen und bei denen sich die Kinder so engagieren, daß sie auf die Bühne stürmen und in das Geschehen eingreifen, ohne daran gehindert zu werden.

Am interessantesten sind zweifellos das Kindertheater im Märkischen Viertel, dem ähnliche Versuche in Kreuzberg, Neu-kölln und im Wedding folgten. Hier geht es vor allem darum, den milieugeschädigten Kindern zu helfen. Die Kinder schaffen und spielen, angeleitet von psychologisch und pädagogisch geschulten Fachkräften, ein Stück, in dem sie ihre Ängste, Probleme und Komplexe konkretisieren und eventuell überwinden. Diese Theater spielen mit oder ohne Zuschauer, die hier gar nicht so wichtig sind. Der Senat oder die Bezirksämter finanzieren diese Versuche. Auch alle anderen Kinder- und Jugendtheater werden unterstützt, denn obwohl die Vorstellungen meist gut besucht sind, reichen die verhältnismäßig geringen Einnahmen nicht aus, insbesondere deshalb, weil der Senator für das Schulwesen einen großen Teil der Aufführungen begrifflicherweise für Schulen reservieren läßt.

Renate Eckert
(-/ee 30.3.1971, ks)